

Thema Gesamtschule: Keine faulen „Kompromisse“!

Es ist weder meine Art, schwarz-weiß zu malen noch Justament-Standpunkte einzunehmen oder Drohungen auszustoßen. „Die Presse“ vom 6. August 2012 hat mir in der Rezension meines Buches „Schule zwischen Anspruch und Zeitgeist“ neben Kompetenz und Insiderwissen ausdrücklich auch Objektivität und Augenmaß zugebilligt.

Unter diesen Bedingungen habe ich seit 2007, als eine vermutlich von ihrem Chef, dem Ex-Bildungsminister Scholten, von ihrem Schreibtisch bei der schwer verschuldeten „Kommunalkredit“ weggelobte Bankerin namens Claudia Schmied das Unterrichtsressort übernommen und die rot-grüne Gesamtschulidee wiederbelebt hat, der neuen Ministerin Lieblingsprojekt argumentativ bekämpft. In mehreren Printmedien und auch im Internet habe ich eigene Aufsätze und Hintergrundinformationen (z. B. Statistiken und Studienergebnisse) platziert, und in den letzten zwei Jahren habe ich auch mehrere Vorträge gehalten.

Der getürkten Information, die Gesamtschule sei die Schule der EU, habe ich entgegengehalten, dass es neben Österreich noch in sieben anderen EU-Ländern (Deutschland, Luxemburg, Niederlande, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) sieben- bis neunjährige Maturaschulen gibt, dass etwa in der BR Deutschland aufgrund gelungener Reformen, die bei den PISA-Ergebnissen erste Erfolge zeigen, das achtjährige Gymnasium nicht mehr zur Disposition steht und dass es auch in den anderen genannten Ländern meines Wissens keine Diskussion gibt, wie sie derzeit in Österreich stattfindet und auf einen „Kompromiss“ zwischen den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP zuläuft.

In dieser Situation ist es nun hoch an der Zeit, die Glacehandschuhe auszuziehen. Beginnen wir mit der „Neuen Mittelschule“ (NMS), welche dem Salzburger LH Haslauer und ÖVP-Chefverhandler in Schulfragen geeignet erscheint, zumindest die Unterstufe der Realgymnasien zu ersetzen. Die NMS verfolgt ein pädagogisch völlig verfehltes Konzept und ist damit noch ineffizienter als die alte Hauptschule, die sie ersetzen soll. Sie wurde von der fachlich überforderten BM Schmied um viel Geld „erkauft“ bei gleichzeitiger finanzieller Aushungerung aller anderen Schulformen. Die Zustimmung der ÖVP ist für mich ein Rätsel, sie kann nur aus Koalitionstreue und Angst davor, wiederum als Verhindererpartei gebrandmarkt zu werden, erfolgt sein. Entweder haben ihre Schulexperten geschlafen oder wurde ihnen der Mund verboten. So geschieht das nun landauf, landab mit den Lehrern, welche mit der Schulpraxis konfrontiert sind. Schon vor einiger Zeit habe ich aus Kärnten, kürzlich auch von einer in Vorarlberg unterrichtenden Nichte gehört, dass die NMS-Lehrer von ihren Dienstvorgesetzten schwer unter Druck gesetzt werden, nur ja den Mund zu halten. „Wie im Kommunismus“ sagt meine Nichte.

Claudia Schmied hat es sich durch Rücktritt erspart, das Scheitern ihrer Erfindung als Unterrichtsministerin erleben zu müssen. Die Abschiedswünsche von BK Feymann, Schmieds segensreiches Wirken werde sich noch zeigen, dürften fromme Wünsche bleiben. (Lediglich die von StS Kurz initiierte verbindliche sprachliche Frühförderung könnte sich in absehbarer Zeit positiv auswirken.) Abgesehen von ihrer Ineffizienz werden der NMS ohnehin bald die Lehrer ausgehen oder es wird ihnen Personal zugeführt, das den Anforderungen überhaupt nicht mehr entspricht. Beides ist auch als Folge der ebenfalls von ÖVP und SPÖ zu verantwortenden neuen Form der Lehrerausbildung zu befürchten, die an den tatsächlichen Bedürfnissen kräftig vorbeizieht.

Immer wieder werde ich gefragt, warum denn im Bildungsbereich so viel danebengeht, wo doch alle Fachleute und Insider wissen, woran es wirklich mangelt und wo auch in den interessierten

Kreisen durchaus das richtige Gespür dafür vorhanden ist, was getan werden müsste. Darauf habe ich folgende Antwort parat:

Das Grundproblem ist eine SPÖ, die aufgrund genereller Rückwärtsgewandtheit noch immer nicht zur Kenntnis genommen hat, dass die Schule in Österreich heute eine ganz andere ist als vor hundert Jahren, wo ihre Klientel tatsächlich unterprivilegiert war und an die Gesamtschulidee zumindest die Hoffnung geknüpft werden konnte, dass sich das ändert. Inzwischen sind aber nicht nur so gut wie alle Barrieren beseitigt worden, welche die Kinder aus „sozial schwachen Schichten“ noch daran hindern könnten, eine ihrer Veranlagung gemäße Schullaufbahn einzuschlagen, mehr noch hat sich ein repressives Schulsystem grosso modo zu einem demokratisch-humanen gewandelt. In dieses haben sich allerdings inzwischen andere Fehler eingeschlichen, die eine professionelle Regierungspolitik auszumerzen hätte. Keine Frage, es ist viel Sand im Getriebe, aber mit den Rezepten von vorgestern ist dieser nicht zu beseitigen. Das wollen aber nicht nur die ideologisch vorprogrammierten „Roten“, sondern auch die in Bildungsfragen an ihren Rockschößen hängenden „Grünen“ nicht wahrhaben. Zu allem Überfluss kommt dann noch eine rot-grün dominierte Medienszene dazu, die nicht müde wird, ein in der Beurteilung vielfach überfordertes, aber zu Recht unzufriedenes Publikum mit Fehlinformationen zu versorgen, etwa dass die Befürworter einer gegliederten Mittelstufe dem „Fortschritt“ im Weg stehen und außerdem moralisch defekt sind, weil sie nicht das Wohl der Kinder – aller Kinder – im Auge haben, sondern nur Gruppeninteressen vertreten.

Diese Kampagne hat in Tateinheit mit den tatsächlichen Missständen die ÖVP schwer verunsichert und – wie es scheint – steuert sie aus Uneinigkeit und Schwäche auf den bereits angedeuteten „Kompromiss“ zu, in der Hoffnung, damit einen Streitpunkt zu beseitigen, das ihr nicht nur selber, sondern der ganzen rot-schwarzen Regierung schadet. (Ein positives Medienecho hat ja nicht lange auf sich warten lassen.) Tatsache ist hingegen, dass Schulkompromisse zwischen ÖVP und SPÖ bisher immer zu Lasten des Bildungssystems ausgegangen sind. Das war schon beim Schulorganisationsgesetz von 1962 so, das die Voraussetzungen für den von LH Haslauer angedachten „Kompromiss“ überhaupt erst geschaffen hat. Es lohnt sich daher, darauf zurückzukommen.

Vor 1962 hatten sowohl die Gymnasien (ab der 1. Klasse) als auch die Realgymnasien (ab der 3. Klasse) Latein als Pflichtgegenstand. Auf Betreiben der SPÖ wurde im SchOG 1962 Latein aus der Unterstufe der Realgymnasien eliminiert. Damit sind zwei von den Anforderungen her verschiedene AHS-Formen geschaffen worden, stand dem fordernden Latein-Unterricht des Gymnasiums im RG nur „Geometrisches Zeichnen“ (GZ) gegenüber, das vom Lehrplan und von den Beurteilungsvorschriften her als reiner Zeichenunterricht konzipiert war. (Den Schulen, die aus GZ eine kleine „Darstellende Geometrie“ machen wollten, wurde schnell auf die Finger geklopft.)

Auf diese Weise ist aber nicht nur eine „schwerere“ und eine „leichtere“ AHS geschaffen worden, sondern den Hauptschulen ist mit den (lehrplanmäßig gleichgeschalteten) Realgymnasien eine mächtige Konkurrenz erwachsen, der sie auf Dauer nicht standhalten konnten. Die Abschaffung der AHS-Aufnahmsprüfung und die ebenfalls von ÖVP und SPÖ zu verantwortende missglückte Hauptschulreform von 1982 taten ein Übriges, um die Hauptschulen in Ballungsräumen zu Restschulen verkommen zu lassen und gleichzeitig das Niveau der Höheren Schulen, auch der Gymnasien, kräftig herunterzudrücken. Ich werde nicht müde, darauf hinzuweisen, dass sich dieser Verfallsprozess durchgehend unter SPÖ-Unterrichtsministern abgespielt hat, die mit voller Absicht ihre Verantwortung nicht wahrgenommen haben, um so den Weg für die Gesamtschule freizumachen. Eine entsprechende Äußerung von BM Hilde Hawlicek (1987 – 1990) ist aktenkundig.

Gleichzeitig ist die Qualitätsschere zwischen Schulen mit gleichem gesetzlichen Auftrag kräftig aufgegangen. Denn eine Schule ist immer so gut oder so schlecht wie ihr Lehrkörper ist und der Direktor das zulässt. So haben einzelne Gymnasien die Ansprüche gesenkt, um im Wettlauf um den Schüler mithalten zu können, und einzelne Realgymnasien haben den ihnen durch die Schulautonomie eingeräumten Freiraum genützt, um an Qualität zuzulegen, etwa durch Schwerpunktsetzungen und/oder durch Implementierung einer zweiten Fremdsprache bereits in der Unterstufe. Als ein Beispiel darf ich das BRG Steyr anführen, die älteste höhere Bundesschule Oberösterreichs außerhalb von Linz, die am 3. Oktober den 150. Jahrestag ihrer Gründung gefeiert hat. Nicht nur hat diese Schule schon seit Jahrzehnten große Erfolge bei Chemieolympiaden und Mathematikwettbewerben sowie in der Fußball-Schülerliga zu verzeichnen; es gibt dort auch Französisch bereits ab der 3. Klasse und bei dem bundesweiten Mathematiktest vom Mai 2012 hat das BRG Steyr den öö. Durchschnittswert, ohnedies den besten von allen neun Bundesländern, noch um 20 Punkte übertroffen. Auch den Probelauf zur Zentralmatura hat das BRG Steyr mit Bravour absolviert. Zuletzt: Ein verbindlicher Ethikunterricht für Schüler, die sich vom konfessionellen Religionsunterricht abmelden, ist seit 15 Jahren Standard.

Das erwähnte Beispiel ist sicher kein Einzelfall. Und da kommt ein Jurist und nach eigenen Angaben mit Bildungsfragen bisher nicht befasster LH Haslauer daher und meint, Realgymnasien bräuchten keine eigene Unterstufe, da täte es die NMS auch! Wenn die ÖVP diesen „Kompromiss“ eingeht, dann zerstört sie damit nahezu alles, was es vom österr. Schulsystem noch an Positivem zu berichten gibt.

Ich vertrete nun schon seit vielen Jahren so ziemlich das Gegenteil von diesem „Kompromiss“, um das schwankende österr. Schulschiff wieder zu stabilisieren. (Nicht nur) ich meine, dass für eine höhere Allgemeinbildung, die diesen Namen verdient, grundlegende Lateinkenntnisse unabdingbar sind, dass also in jeder AHS ein „Basic Latin“ in der 3. und 4. Klasse zu implementieren ist, das dann in der Oberstufe ausgebaut oder auf dem eine zweite lebende Fremdsprache aufgebaut werden kann. Es ist nicht zu erwarten, dass unter diesen Umständen (und einem objektivierten Aufnahmeverfahren) mehr als 20 Prozent eines Altersjahrganges einer AHS zufließen; für eine Hauptschule, die nach dem Leistungsvermögen ihrer Schülerschaft gegliedert und zusätzlich mit geeigneten Fördermaßnahmen ausgestattet ist, verblieben also 80 Prozent, womit diese (allenfalls auf fünf Jahre verlängerte) Schulform wieder in den Mittelpunkt der österr. Bildungslandschaft rücken würde.

Zuletzt ein paar Bemerkungen dazu, wie es die anderen Parteien mit diesem Thema halten. Das BZÖ hat sich nicht zuletzt wegen der noch auf Jörg Haider zurückgehenden Prinzipienarmut in Bildungsfragen aus dem Parlament verabschiedet. Das Team Stronach wandert in den Fußstapfen des BZÖ und dürfte dasselbe Schicksal erleiden. Für die NEOS, als Neugründung zwar zukunftssträchtiger, aber leider nur zeitgeistig-liberal und nicht grundsätzlich, hat ihr Obmann im „Kurier“-Interview vom 13. September bemerkt, man müsse in Österreich endlich davon abkommen, schon Zehnjährigen irreversibel Bildungschancen zuzuerkennen oder zu verweigern. Die Uninformiertheit des Herrn Dr. Strolz ist damit ebenso belegt wie seine Präferenz, die – für einen Liberalen ein Widerspruch – dogmatisch fundiert sein dürfte.

Bleibt schließlich noch die FPÖ, die inzwischen einzige Partei Österreichs, die bedingungslos an der gegliederten Mittelstufe festhält und für den Fortbestand aller AHS-Langformen eintritt. Sie hätte es sich verdient, dafür belohnt zu werden, etwa bei den EU-Wahlen im Frühjahr 2014. Ein entsprechender FPÖ-Erfolg könnte dann als Botschaft an die ÖVP verstanden werden, dass (auch) das Bildungsbürgertum mit ihr unzufrieden ist. Ansonsten kann der Ausgang der Europawahlen in Österreich ja ohnehin nicht viel bewegen, und die FPÖ wird früher oder später realisieren müssen, dass Euro-Skepsis und EU-Kritik ihre Grenzen haben. Nur unter dieser Bedingung könnte sie sich

nämlich als möglicher Regierungspartner von ÖVP oder SPÖ wieder einmal ins Spiel bringen und so die unselige Zwangsehe dieser Parteien sprengen.